

1. MAI 2010

Aarau, 1. Mai 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Daniel Lampart, Chefökonom SGB

NUR EINE SOZIALE WIRTSCHAFT IST EINE STABILE WIRTSCHAFT

Kaum anderthalb Jahre sind es her, als die Gross- und Investmentbanken vor dem Totalkollaps standen. Die Manager und Aktionäre bettelten um Staatshilfe. Und die Staaten griffen ihnen unter die Arme. Auf der ganzen Welt zusammen wurde ein Fünftel der gesamten Jahreseinkommen dafür eingesetzt. Extrem viel Geld. Das ist ungefähr vier Mal so viel, wie die alle Banken zusammen in einem Jahr einnehmen.

Diese Staatshilfe ist zum grossen Teil noch nicht zurückbezahlt. Aber schon machen die Banken wieder hohe Gewinne. Die Gewinne sind teilweise sogar noch höher als vor der Krise. Und auch die Boni der Ober-Abzocker Grübel, Dougan und Co sprudeln wieder so, als wäre nichts gewesen.

Da stimmt etwas nicht. Das sieht man sofort. Auf dem Sparbuch ist der Zins fast null. Wer Chef einer Grossbank ist, erhält dagegen Millionen um Millionen.

Woher kommen die Gewinne und Boni? Wie kommt es, dass diejenigen, die die Banken an die Wand gefahren haben, heute noch mehr Millionen scheffeln als vorher? Die Antwort darauf ist einfach und klar: Die Gewinne sind eine Folge der gigantischen Rettungspakete, die die Staaten und Nationalbanken für die Banken geschnürt haben. Ohne diese Rettungsprogramme wäre der Finanzsektor in den Verlusten versoffen. Die Aktionäre der Banken hätten sehr viel Geld verloren. Umgekehrt nun sind sie es, die zusammen mit den Topmanagern von diesen Paketen profitieren und Millionen abzügel.

Die Millionen, die die arroganten und frechen Dougans und Grübels in die eigenen Sack stecken wollen, gehören nicht ihnen. Sondern sie gehören der Allgemeinheit, die die Millionen in der Krise zur Verfügung gestellt hat. Das Geld haben wir aufgeworfen. Es gehört uns. Holen wir es uns!

Das sagt auch der Internationale Währungsfonds. Und er hat darum eine Bankensteuer vorgeschlagen. Damit das Geld dorthin zurückgeht, wo es herkommt und wo es dringend gebraucht wird. Nämlich zu uns.

Aber Bundesrat Merz, geht in die USA und kämpft gegen eine Steuer, die das Geld zurückholen sollte. Und er geht noch weiter. Während die Welt über die Einführung einer Tobin-Steuer auf den Finanzmärkten diskutiert, will Bundesrat Merz in der Schweiz die Stempelsteuer zusammenstreichen. Der Bundesrat - und allen voran Bundesrat Merz - spürt, wenn die Grossbanken etwas wollen. Oder ist es ein Zufall, dass die Gruppe, die Vorschläge machen soll,

wie man den Finanzplatz stabilisiert, mehrheitlich mit Vertretern der Banken und des Grosskapitals besetzt ist? Nein, das hat System.

Auf was soll das am Schluss hinauslaufen? Offenbar wollen die Regierungen und die Wirtschaftslobby das, was sich momentan in Griechenland und Spanien abspielt. Statt die Steuern zu erhöhen, sollen die Lohnabhängigen in Griechenland und Spanien die Banker-Boni und -Gewinne mit einem höheren Rentenalter bezahlen. Kolleginnen und Kollegen: Mit einer solchen Welt stimmt endgültig etwas nicht mehr. Gegen eine solche Welt kämpfen wir.

Der neueste Vorschlag, eine Boni-Steuer einzuführen, ist zwar ein erstes Zeichen, dass der Volkszorn gegen die Abzocker und die Bankenlobby hinter den schalldichten Türen des Bundeshauses langsam wahrgenommen wird. Doch was der Bundesrat schliesslich am Mittwoch präsentiert hat ist eine üble Nebelpetarde, mit denen das Volk einmal mehr an der Nase herumgeführt werden soll.

Hätten wir dagegen eine echte Steuer auf den Abzocker-Boni und den Abzocker-Gewinnen - eine Steuer, die scharf zubeisst - würde das gut 2 Milliarden Franken bringen. Das ist viel Geld. Geld, das dringend gebraucht wird. Oder wie soll zum Beispiel eine Familie mit einem mittleren Einkommen von 70'000 Franken die immer weiter steigenden Krankenkassenprämien und Mieten bezahlen? Wenn wir bei den Banken-Abzockern das Geld holen, das uns gehört, könnten wir die Krankenkassenprämien um rund 10 Prozent oder über 1000 Franken senken. Dann hätten endlich diejenigen etwas von den Riesengewinnen, die Tag für Tag ihren Einsatz im Betrieb leisten und dennoch jeden Franken zwei Mal umdrehen müssen.

Aber unsere Regierungen wollen Sparprogramme. Sparprogramme mitten in der Krise mit 230'000 Stellensuchenden. Diese Sparpakete gehen vor allem auf Kosten der tiefen und mittleren Einkommen. Sie werden die wirtschaftlichen Probleme verstärken. Dazu kommt die Nationalbank, die den Franken aufwerten lässt. Das wird 20'000 Stellen in der Exportwirtschaft kosten.

Regierung und Parlament bewegen sich immer weiter von den normalen Leuten in der Schweiz weg.

- Das Parlament will, dass wir in Zukunft höhere Krankenkassenprämien zahlen müssen und trotzdem 20 Prozent der Arztkosten aus dem eigenen Portemonnaie zahlen müssen
- Der Bundesrat will bei der Invalidenversicherung die Renten um 5 Prozent streichen, obwohl bereits heute ein Drittel der IV-Bezüger nicht von der tiefen Rente leben können
- Bundesrat und Parlament wollen die Leistungen der Arbeitslosenkasse zusammenstreichen, obwohl über 200'000 Personen dringend darauf angewiesen sind

In der Schweiz haben wir den Abbau bei den Pensionskassenrenten verhindert. Bundesrat und Parlament waren der Meinung, sie könnten uns zwingen, den Gürtel bei den Renten enger zu schnallen, während die Lebensversicherer weiterhin Millionen an der zweiten Säule verdienen. Wir haben das Referendum ergriffen und gewonnen. Die Versicherungslobby hat einen Schuss vor den Bug kassiert.

Der nächste Schritt ist der Kampf gegen den Abbau bei der Arbeitslosenversicherung.

- Frauen und Männer, die einen Unfall hatten und nach langem Leiden wieder arbeiten wollen, hätten nur noch vier Monate Zeit, um eine Stelle zu finden.

- Ältere Arbeitnehmende, die es bereits heute schwer haben, Arbeit zu finden, sollen ein halbes Jahr früher ausgesteuert werden als heute.
- In den Krisenkantonen im Jura, in Neuenburg und Waadt werden am 1. Januar 2011 sehr viele Arbeitslose ausgesteuert, weil ihnen der Bund die Taggelder um ein halbes Jahr kürzt.

Der Bundesrat behauptet, diese Kürzungen seien „ausgewogen“. Wollen die uns für dumm verkaufen? Die Firmen, die Personal entlassen, zahlen schon heute keine Beiträge. Die hohen Löhne und die Firmen, die Gewinne machen, müssen nichts dazu beitragen. Sie können entlassen, ohne dafür zu bezahlen. Diese Ungerechtigkeit müssen wir bekämpfen.

Die Krise hat gezeigt, dass eine ungerechte Wirtschaft auch eine un stabile Wirtschaft ist. Die Krise ist auch eine Krise des Kapitalismus, der die Reichen noch bei den Steuern entlastet, der die Märkte unreguliert sich selber überlassen will und sich aus der sozialen Sicherheit zurückzieht. Unsere Aufgabe ist es, für mehr Gerechtigkeit und damit auch für eine stabilere Wirtschaft zu kämpfen. Unsere Kinder sollen uns nicht vorwerfen können, wir hätten die grösste Krise nicht genutzt, um die Wirtschaft stabiler und sozialer zu machen. Doch die Profiteure des alten Systems schlafen nicht. Die Wende hin zu gerechteren Verhältnisse ist kein Spaziergang. Dafür braucht es starke Gewerkschaften. Dafür braucht es euch, liebe Kolleginnen und Kollegen. Doch wenn wir dafür kämpfen, sind die Chancen gut, dass wir Erfolg haben werden.